

Rede von Adama Logosu-Teko auf der Kundgebung gegen Rassismus und Polizeigewalt am 7.6.2020 auf dem Kohlmarkt in Braunschweig

Liebe Freundinnen, liebe Freunde aus Braunschweig,
Liebe Freundinnen aus den verschiedenen Migrant*innen-Communities,
sehr geehrte Damen und Herren,

Rassismus geht uns alle an! In vielerlei Hinsicht.

Wir stehen hier heute auf dem Braunschweiger Kohlmarkt und gedenken dem Mord an George FLYOD in Minneapolis in Minnesota.

Seinen brutalen Tod kann man nicht anders bezeichnen als eine willkürliche rassistische Hinrichtung vor laufender Kamera.

Die Gleichgültigkeit, ja die Arroganz des Polizeibeamten aus Minneapolis, der lässig mit beiden Händen in seinen Hosentaschen einen Menschen bis zum Tode strangulierte, der bereits gefesselt und am Boden lag und keinerlei Widerstand leistete, zeugt davon, wie tief verwurzelt die Selbstverständlichkeit einer Straffreiheit in den Köpfen der Polizeibeamten ist. Noch schrecklicher finde ich persönlich, dass der Beamte keinen Eindruck machte, als er hätte er Konsequenzen zu befürchten. Noch skandalöser fand ich, dass die Staatsanwaltschaft die Tatverdächtigen noch nicht einmal in Untersuchungshaft hatte nehmen lassen und anfangs die niedrigste Anschuldigungsstufe in Erwägung gezogen hatte, die das Strafrecht vorsieht.

Wir müssen uns noch vor Augen führen, dass erst nach massiven Bürgerprotesten Untersuchungshaft angeordnet und die Anklage um eine Stufe verschärft wurde. Andernfalls wäre es wahrscheinlich nur „Business as usual!“ gewesen. Sonst hätte man das Ganze als Randnotiz wahrgenommen, aber nicht mehr. Wieso sollte dieser Staatsanwalt es auf einmal anders machen, als er das bisher immer gemacht hatte? Gerade das ist die Frage. Wenn wir weggucken und wegducken, wird es genauso weitergehen, wie bisher. Gerade das darf nicht passieren!

Aber wieso gucken wir so weit weg nach Amerika, wenn wir ungleiche Behandlungen auch hier so nah im Alltag erleben?

Auch hier in Deutschland wird mit Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe willkürlich und entwürdigend umgegangen, ohne dass es juristische Konsequenzen nach sich zieht.

Auch hier in Deutschland hat es ein Geflüchteter in seiner Arrestzelle auf einer Polizeistation angeblich allein und ohne fremde Einwirkung geschafft, in Flammen zu sterben.

Auch in Deutschland wird ein Migrant als Zeuge vor Gericht vorgeladen und aufgrund seines Aussehens oder seiner Hautfarbe versehentlich für den Angeklagten gehalten und als solcher angesprochen. Trotz sofortiger Entschuldigung für das Versehen verrät so ein Vorfall doch eine bestimmte Geisteshaltung.

Auch in Deutschland wird einem Migranten der Zugang zu einer Diskothek verwehrt, um einer Hausfriedensstörung vorzubeugen. In anderen Worten hat der Migrant den Hausfrieden bereits gestört bzw. gefährdet, bevor er überhaupt den Laden betreten konnte!

Auch in Deutschland werden Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe bestimmte Qualifikationen nicht zugetraut oder diese ohne erkennbare Gründe in Zweifel gezogen.

Und hier auch in Deutschland werden Menschen im öffentlichen Personenverkehr aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe bevorzugt kontrolliert.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir haben ein Problem! Und das Problem heißt Rassismus!

Es macht keinen Sinn, es zu leugnen oder das Problem schön zu reden! Mal heißt es, es sei nur ein Missverständnis gewesen! Mal heißt es, das Opfer sei zu empfindlich! Und wenn das Problem nicht mehr auszublenden ist, dann handele es sich nur um einen Einzelfall. All diese Ausreden haben wir lange genug gehört! Jetzt reicht's.

RASSISMUS GEHT UNS ALLE AN! Wir können es uns nicht länger leisten, im 21. Jahrhundert zu leben. Liebe Freundinnen, liebe Freunde aus Braunschweig, Liebe Freundinnen aus den verschiedenen Migrant*innen-Communities, sehr geehrte Damen und Herren,

Rassismus geht uns alle an! In vielerlei Hinsicht.

Wir stehen hier heute auf dem Braunschweiger Kohlmarkt und gedenken dem Mord an George FLYOD in Minneapolis in Minnesota.

Seinen brutalen Tod kann man nicht anders bezeichnen als eine willkürliche rassistische Hinrichtung vor laufender Kamera.

Die Gleichgültigkeit, ja die Arroganz des Polizeibeamten aus Minneapolis, der lässig mit beiden Händen in seinen Hosentaschen einen Menschen bis zum Tode strangulierte, der bereits gefesselt und am Boden lag und keinerlei Widerstand leistete, zeugt davon, wie tief verwurzelt die Selbstverständlichkeit einer Straffreiheit in den Köpfen der Polizeibeamten ist. Noch schrecklicher finde ich persönlich, dass der Beamte keinen Eindruck machte, als er hätte er Konsequenzen zu befürchten. Noch skandalöser fand ich, dass die Staatsanwaltschaft die Tatverdächtigen noch nicht einmal in Untersuchungshaft nehmen lassen und anfangs die niedrigste Anschuldigungsstufe in Erwägung gezogen hatte, die das Strafrecht vorsieht.

Wir müssen uns noch vor Augen führen, dass erst nach massiven Bürgerprotesten Untersuchungshaft angeordnet und die Anklage um eine Stufe verschärft wurde. Andernfalls wäre es wahrscheinlich nur „Business as usual!“ gewesen. Sonst hätte man das Ganze als Randnotiz wahrgenommen, aber nicht mehr. Wieso sollte dieser Staatsanwalt es auf einmal anders machen, als er das bisher immer gemacht hatte? Gerade das ist die Frage. Wenn wir weggucken und wegducken, wird es genauso weitergehen, wie bisher. Gerade das darf nicht passieren!

Aber wieso gucken wir so weit weg nach Amerika, wenn wir ungleiche Behandlungen auch hier so nah im Alltag erleben?

Auch hier in Deutschland wird mit Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe willkürlich und entwürdigend umgegangen, ohne dass es juristische Konsequenzen nach sich zieht.

Auch hier in Deutschland hat es ein Geflüchteter in seiner Arrestzelle auf einer Polizeistation angeblich allein und ohne fremde Einwirkung geschafft, in Flammen zu sterben.

Auch in Deutschland wird ein Migrant als Zeuge vor Gericht vorgeladen und aufgrund seines Aussehens oder seiner Hautfarbe versehentlich für den Angeklagten gehalten und als solcher angesprochen. Trotz sofortiger Entschuldigung für das Versehen verrät so ein Vorfall doch eine bestimmte Geisteshaltung.

Auch in Deutschland wird einem Migranten der Zugang zu einer Diskothek verwehrt, um einer Hausfriedensstörung vorzubeugen. In anderen Worten hat der Migrant den Hausfrieden bereits gestört bzw. gefährdet, bevor er überhaupt den Laden betreten konnte!

Auch in Deutschland werden Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe bestimmte Qualifikationen nicht zugetraut oder diese ohne erkennbare Gründe in Zweifel gezogen.

Und hier auch in Deutschland werden Menschen im öffentlichen Personenverkehr aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe bevorzugt kontrolliert.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir haben ein Problem! Und das Problem heißt Rassismus!

Es macht keinen Sinn, es zu leugnen oder das Problem schön zu reden! Mal heißt es, es sei nur ein Missverständnis gewesen! Mal heißt es, das Opfer sei zu empfindlich! Und wenn das Problem nicht mehr auszublenden ist, dann handele es sich nur um einen Einzelfall. All diese Ausreden haben wir lange genug gehört! Jetzt reicht's.

RASSISMUS GEHT UNS ALLE AN! Wir können es uns nicht länger leisten, im 21. Jahrhundert zu leben und so zu denken, als wären wir Politneandertaler!

Rassismus ist kein Problem am rechten Rand unserer Gesellschaft. Er ist strukturell und reicht bis in die Mitte unserer Gesellschaft und kann daher auch nur von dort aus ausgetrieben werden. Ein Grundbekenntnis: Kein Mensch kommt als Rassist auf die Welt. Rassismus wird erst bei der Sozialisierung einem anezogen. Das bedeutet aber auch, Rassismus kann verlernt werden.

Wir brauchen dafür u.a. eine selbstkritische Überprüfung aller Sozialisierungsstrukturen, die Rassismus reproduzieren und fortpflanzen.

Wir brauchen einen konsequenten Umgang mit Regelbrechern, wenn z.B. im Fußballstadion migrantische Mitspieler bei Ballberührung mit Affengeräuschen begleitet werden. Und die Gesellschaft lässt es durchgehen, als wäre es nur ein Wegeunfall, ein kleiner Parcours-Unfall.

Wir brauchen vor allem eine unabhängige kommunale Beschwerdestelle, wo alle Betroffenen - gleichgültig ob Migrant*innen, Angehörige der Verwaltung oder der Polizei – frei und in einem geschützten Vertrauensraum Diskriminierungs-vorfälle melden können.

Wir brauchen vor allem eine unabhängige kommunale Anti-Diskriminierungsstelle, die u.a. rassistisch motivierte Vorfälle und Ungleichbehandlungen erfasst und regelmäßig darüber Bericht erstattet. Nur so können wir - Hand aufs Herz - sagen, es war ein Einzelfall oder es hat einen Wiederholungscharakter hat. Dafür ist die Unabhängigkeit einer solchen Beschwerdestelle von elementarer Bedeutung für ihre Glaubwürdigkeit. Denn erst die Unabhängigkeit wird für die Glaubwürdigkeit dieser Stelle sprechen.

Im Alltag werden Menschen wegen ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung, ihres Glaubens, ihres Geschlechtes oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert. Wahrscheinlich kriegt jeder nur einen Teil davon mit. Auch deshalb brauchen wir dringend eine unabhängige kommunale Anti-Diskriminierungsstelle.

Die Mehrheit der Gesellschaft erkennt leider unterschweligen Rassismus oft gar nicht. Wenn z.B. Menschen aufgrund ihrer Rasse oder Herkunft bestimmte Charaktereigenschaften zugesprochen werden, ist das schon Rassismus. Denn dafür werden ihnen andere Charaktereigenschaften und Fähigkeiten abgesprochen. Migrantinnen und Migranten sind heute ein selbstverständlicher Teil der neuen Stadtgesellschaft. Sie leben hier, sie sind zum Teil hier sozialisiert, sie arbeiten und zahlen ihre Steuern und Abgaben hier. Es gibt wirklich keinen vertretbaren Grund, ihnen eine Gleichbehandlung zu verweigern.

Im Grundgesetz, Artikel 3 steht – sinngemäß -

- Alle sind vor dem Gesetz gleich,
- Kein Mensch darf wegen seiner Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden.
- Die Verwirklichung dieser Rahmenbedingungen ist Aufgabe des Staates.

Dafür sehen wir in erster Linie den Staat in der Pflicht, diese Bedingungen zu schaffen und durchzusetzen.

Wenn Kinder aus binationalen Familien in Deutschland auf die Welt kommen und irgendwann in ihrer Entfaltung das Gefühl haben, sie werden woanders auf dieser Welt besser akzeptiert, als in der Gesellschaft, in der sie das Licht der Welt erblickt haben, dann stimmt definitiv etwas in unserer Gesellschaft nicht!

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft anzuerkennen und Raum dafür zu schaffen, ist ein wichtiger Lösungsansatz. Diese Vielfalt muss sich auch in der Politik, in der Verwaltung, in der Polizei oder in der Justiz abbilden. Nur so kann die Politik alle mitnehmen, die selbstverständlich zu dieser neuen Stadtgesellschaft zählen.

Natürlich sind das politische Forderungen! Eines muss klar gesagt werden: Mit freundlichen Ratschlägen alleine kommen wir nicht weiter. Wenn wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wollen, müssen wir Rassismus aktiv bekämpfen und keine einzige Form von Diskriminierung dulden. Denn wer wegschaut, macht sich schon mitschuldig!

Was können wir als Einzelpersonen tun, um Rassismus zu bekämpfen? Wenn Sie das nächste Mal Zeug*in eines rassistischen Vorfalles sind, denken Sie bitte daran, es mit Ihrem Handy zu dokumentieren. Sie handeln nicht gesetzeswidrig. Das ist das Mindeste, dass wir heute und sofort tun können.

Aber wir können noch mehr: Wir können die Verwirklichung der Gleichstellung politisch fordern!

Denken Sie daran, das nächste Mal, wenn Sie vor der Wahlkabine stehen, dass Sie es mitentscheiden, ob Rassismus und Diskriminierung in dieser Gesellschaft weitergeduldet werden sollen oder nicht.

Gefragt danach, ob die Polizeigewalt in Amerika zugenommen hat, antwortete der Schauspieler Will SMITH vor einigen Tagen: Zitat: „Nein, es ist immer so gewesen. Sie ist nur sichtbarer geworden, weil es mehr Handys gibt, die es filmen“.

Meine Liebe Freundinnen und Freunde, ohne eine Dokumentation mit dem Handy hätten wir vielleicht gar nichts vom Martyrium von Georg FLYOD mitbekommen.

Wollen wir weiter so leben? Natürlich nicht. Deswegen zählen wir auf jeden Einzelnen von Euch, dass wir solche Sachen ab heute, ab sofort nicht weiterdulden oder durchgehen lassen möchten. Es ist gleichzeitig eine Botschaft an die Politik, an die Verwaltung, an die Polizei, an die Justiz, dass wir alle in dieser Gesellschaft, die gleichen Rechte haben, wie es im Grundgesetz steht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit